

## Berufsverbotsopfer wollen rehabilitiert werden

Anlässlich des 40. Jahrestages des Radikalenerlasses, der zum Berufsverbot tausender Menschen – darunter viele Lehrkräfte – führte (s. E&W 2/2012 und 5/2012), veranstaltete das Komitee gegen Berufsverbote am 14. Juni einen Aktionstag in Berlin. Das Bündnis fordert von Politik und Justiz Rehabilitation. Sprecher Klaus Lipps überreichte die Protestschreiben der Betroffenen Andreas Timmermann, dem stellvertretenden Leiter der schleswig-holsteinischen Landesvertretung, in der an diesem Tag ein Treffen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten stattfand. Timmermann sicherte zu, die Erklärung gegen Berufsverbote – bislang 250 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner – an Kanzlerin und Länderchefs weiterzuleiten. Ein entsprechender Antrag an den Petitionsausschuss des Bundestages ist inzwischen gestellt worden.

Foto: Bettina Ohnesorge



Protest der Berufsverbotsopfer vor dem Kanzleramt